



Newsletter 1/2018

Liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Mitglieder,

aus aktuellem Anlass wendet sich der Vorstand des Hausärzteverbandes an Sie, um über die aktuelle Situation rund um unser Berufsleben und aus den Zentralen der Macht zu informieren. Die anstrengende politische Lage ist hinlänglich bekannt, deshalb gebe ich Ihnen unsere Presseerklärung im Anhang bekannt. Man weiß ja nicht, ob, was und wieviel davon wirklich in den Zeitungen landet.

Unsere Bemühungen hinsichtlich einer Landarztquote und Landeskindquote bei der Studienzulassung an den Universitäten in unserem Bundesland sind unermüdlich. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration mit Ministerin Petra Grimm-Benne steht in dieser Frage bereits hinter uns. Eine Arbeitsgruppe Landarztquote wurde etabliert. In Kürze werden Gespräche mit Minister Prof. Dr. Armin Willingmann im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, dem Verantwortungsbereich für die Hochschulen, aufgenommen. Zur nächsten Regionalsprechertagung unseres Verbandes in Dessau hat der Dekan der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Prof. Dr. med. H.-J. Rothkötter sein Kommen und Diskussionsbereitschaft zu diesem Thema erklärt. Auch einer Einladung zur Sitzung des Gesundheitsausschusses zum Thema Hausärztemangel in den Landtag nach Magdeburg wird der Vorstand folgen.

Viele Hausärzte vermissen vielleicht eine Aktion gegen die geplante Verschmelzung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Bis zum Ende 2019 sollen hierfür Vorschläge einer wissenschaftlichen Kommission erarbeitet werden. 2020 beginnen dann die Beratungen und 2021 ist spätestens wieder Bundestagswahl! Und mal ehrlich: bei dem geringen Privatversicherten- und IGEL-Anteil in unseren Hausarztpraxen sollten wir bei einer Einheitsgebührenordnung doch die Gewinner sein.

Für Sie ist sicher auch der Fortgang in der Bereitstellung der Telematikinfrastruktur für Ihre Praxen interessant. Die technischen Voraussetzungen sind jetzt alle erfüllt, Informationsveranstaltungen werden über unseren Verband und die KVSA angeboten. Setzen Sie sich mit Ihrem Softwarehaus in Verbindung und planen Sie einen Termin. Die Erfahrung besagt, dass die Umstellung einen halben Tag in Anspruch nimmt, wenn alle notwendigen technischen Geräte und Identitätskarten vorhanden sind. Nicht alle Praxen können im 4. Quartal 2018 angeschlossen werden. Also alles in Ruhe und mit Überlegung. Die KBV verhandelt gerade über weitere Kostenübernahmen – Ziel ist, dass keine Praxis für diese Neuerung einen finanziellen Aufwand hat. Das hat der Gesetzgeber auch so vorgeschrieben!

Zum Schluss möchte ich noch den Hinweis auf eine Befragung des Institutes für Allgemeinmedizin der Universität Jena zum Thema Schnittstellen zwischen der allgemeinen ambulanten Palliativmedizin (AAPV) und der spezialisierten ambulanten Palliativmedizin (SAPV) loswerden. Wir haben im Vorstand darüber beraten und finden die Sache sinnvoll. Bitte beteiligen Sie sich daran. Das ganze wird unter der Überschrift SAVOIR auf Ihrem Schreibtisch landen.

Bitte vergessen Sie nicht: nur ein starker Verband kann auch ein erfolgreicher Verband sein. Wer noch nicht dabei ist, wird natürlich Mitglied!

Alle Informationen zur Mitgliedschaft im Verband finden Sie auf unserer Homepage: www.haev-san.de

Kommen Sie gut und gesund durch die Klippen des Praxisalltages und freuen Sie sich mit mir auf das kommende Frühjahr und das Ende der Grippewelle.

Ihr Holger Fischer

1.Stellvertretender Vorsitzender

Anlage

Presseerklärung des Hausärzteverbandes Sachsen-Anhalt e. V. zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD

Der Vorstand des Hausärzteverbandes Sachsen-Anhalt hat sich mit dem Koalitionsvertrag und dabei insbesondere mit der Kapitel VIII. "Soziale Sicherheit gerecht und verlässlich gestalten, 4. Gesundheit und Pflege" des Koalitionsvertrages befasst und ist einhellig zu folgender Erklärung gekommen.

Die schwierigen und zähen Verhandlungen um eine stabile Regierung in Deutschland spiegeln sich auch in der Koalitionsvereinbarung wieder, zeigen nach Ansicht des Hausärzteverbandes neben einer Reihe begrüßenswerter und echt versorgungsverbessernder Vorhaben auch wenig zielführende, mitunter gar widersprüchliche Ansätze.

Auch wenn mit der angekündigten zügigen Umsetzung des Masterplanes Medizinstudium 2020, der Einführung der Landarztquote, der Förderung der allgemeinmedizinischen Weiterbildung und der geplanten verbesserten Vergütung hausärztlicher und sprechender Medizin probate Mittel gegen den immer weiter zunehmenden Hausärztemangel, insbesondere in ländlichen Gegenden, darstellen, so wird dieses Ansinnen durch andere Vorhaben wieder nahezu konterkariert.

Insbesondere der Plan, die wöchentliche Mindestsprechstundenzeit verpflichtend von derzeit 20 auf 25 Stunden anzuheben, stößt auf energische Kritik von Seiten der Hausärzte. Dabei wird unterstellt, die niedergelassenen Ärzte könnten ohne weiteres 20% mehr Sprechstunde anbieten (und das auch noch ohne jeglichen finanziellen Ausgleich). Müssen Patienten dafür auf Hausbesuche verzichten, werden Alten- und Pflegeheime dann noch schlechter versorgt oder bleibt der gesamte administrativ-bürokratische Aufwand in den Praxen auf der Strecke? Zeitreserven gibt es in den Hausarztpraxen in Sachsen-Anhalt jedenfalls nicht, schon gar nicht in den Landarztpraxen.

Im Rahmen der Stärkung der Pflegeberufe wendet sich der Vorstand gegen die Substitution ärztlicher Leistungen und setzt stattdessen auf Delegation. Sachsen-Anhalts Hausärzte haben pro Kopf der Bevölkerung deutschlandweit die meisten Versorgungsassistentinnen (VERAH) in ihren Praxen qualifiziert, um Tätigkeiten an diese zu delegieren und so zielgerichtet die Basisversorgung der Patienten nicht durch Schaffung neuer Schnittstellen zu verkomplizieren.

Leider ist im Koalitionsvertrag nichts davon zu lesen, dass auch die Bürger eine Eigenverantwortung für ihre Gesundheit haben, dass es eine Diskrepanz zwischen Anspruchsdenken und Machbarem gibt. Es klingt, als gäbe es unendliche Geldströme für die Gesundheitsversorgung in unserem Land. Eine Verbesserung des Zuganges zur Versorgung über die Terminvergabestellen bei der Kassenärztlichen Vereinigung ist in Sachsen-Anhalt keine Option, wo seit geraumer Zeit das System der Überweisungssteuerung im Rahmen der Hausarztverträge gut etabliert ist.

Die Stärkung der Allgemeinmedizin im Studium der Medizin ist seit langem das Ziel des Hausärzteverbandes. Der Vorstand bedauert, dass die guten Beispiele, wie die Klasse Allgemeinmedizin an der Martin-Luther-Universität und die Verbundweiterbildung in Halle so wenig Nachahmung in der Landeshauptstadt und an der Otto-von-Guericke-Universität finden.